

Marburger Zeitung.

Nr. 143.

Freitag, 30. November 1866.

v. Jahrgang

Die „Marburger Zeitung“ erscheint jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag. Preise — für Marburg: ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., vierteljährig 1 fl. 50 kr.; für Zustellung ins Haus monatlich 10 kr. — mit Postversendung: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl., vierteljährig 2 fl. Die ein Mal gespaltene Garmondzeile wird bei einmaliger Einschaltung mit 10, bei zweimaliger mit 15, bei dreimaliger mit 20 kr. berechnet, wozu für jedesmalige Einschaltung 30 kr. Inseraten-Stempelgebühr kommen.

Abonnements-Einladung.

Bei Beginn des neuen Monats machen wir die freundliche Einladung zur Pränumeration.

Pränumerations-Preis.

Für Marburg monatlich 50 kr.,

mit Zustellung in's Haus 60 kr.,

mit Postversendung vierteljährig 2 fl., halbjährig 4 fl., ganzjährig 8 fl.

Die Administration
der „Marburger Zeitung.“

Zur Geschichte des Tages.

In der Grazer Landstube wurden Fragen zur Sprache gebracht, deren rasche Erledigung sehr zu wünschen ist; aber leider scheint die Geschäftsordnung das: „Langsam voran!“ — sehr zu begünstigen. Der Abgeordnete Hermann erinnerte zum fünften Male an die Gründung eines Real-Gymnasiums in Pottau: sein Antrag wurde dem Ausschuss zugewiesen, der über die Rechenschaft des Landesausschusses zu berichten hat. Ueber den Antrag des Abgeordneten Wannisch: „Für die Einquartierung und Verpflegung der Truppen auf Durchmärschen den Quartiergebern die volle Entschädigung mit Rücksicht auf die jeweiligen Preise der Lebensmittel und Miethzinse aus dem Landesfond zu leisten“ soll — allerdings auf den eigenen Vorschlag des Antragstellers — der Gemeindevorstand vorberathen. Daß aber auch der Bericht des Landesausschusses und das von demselben entworfene Gesetz über die Errichtung eines Zwangsarbeitshauses einem Sonderausschuss zugewiesen wurde, dürfte ohne Zweifel des Guten und Gründlichen zu viel sein und verlangen wir in dieser Hinsicht die Vereinfachung und Abkürzung des Geschäftsganges.

Im niederösterreichischen Landtage sprach Kuranda über die Ausschließung Deutsch-Oesterreichs aus Deutschland und über die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände; er sagte u. A.: „Diese

Ausschließung kann unmöglich eine bleibende Sache sein — unmöglich vom Standpunkte der deutschen Bevölkerung, welche diese Demüthigung und diese Beeinträchtigung ihres Rechtes nicht auf lange ertragen kann. Unmöglich kann sie ertragen, daß die Bildungsarbeit, welche sie gemeinsam mit der deutschen Nation und, angeregt durch diese, so lange verfolgt hat, plötzlich ein Ende nehme. Meine Herren! Ich will dem Gedanken nicht Worte geben, welche Gefahr im Schoße jener Bevölkerung sich birgt, deren Namen identisch mit der Treue zu Oesterreich war. Auch vom Standpunkte der Regierung ist es unmöglich, daß Deutsch-Oesterreich von Deutschland ausgeschlossen bleibe. Was soll aus Oesterreich werden, wenn wir, auf dem Isolierschemel gestellt, umgeben von anderen verwandten, doch nicht befreundeten Völkern, ganz allein für unsere Sache eintreten sollen? Wo ist da die Macht Oesterreichs, wo seine Zukunft? Zum Glück theilen unsere süddeutschen Nachbarn unser Geschick. Sie befinden sich auch wie wir auf einer schwimmenden Insel im großen Meere. Nun, wenn unsere Interessen gleiche sind; nun, wenn die Stellung eine ähnliche ist, ist es nicht die Aufgabe Oesterreichs so rasch als möglich Brücken zu schlagen und die Entertachen auszuwerfen, welche uns mit unseren süddeutschen Nachbarn vereinigen sollen? Die erste Bedingung hiezu aber ist, daß wir jenen Völkern die Versicherung geben und durch Thatfachen beweisen, daß es nicht ein reaktionäres Land, ein reaktionärer Staat ist, an den sie abermals ihre Geschicke fetten sollen. Es muß bewiesen werden, daß in diesem Lande das Verfassungsleben eine Wahrheit ist. Darum die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände! Wie furchtbar auch der Kampf, der im Juli stattgefunden hat, wie furchtbar auch die Opfer waren, welche dem Frieden gebracht wurden, geht durch ganz Europa das Bewußtsein und die Erkenntnis: ein dauernder Friede ist es nicht! er ist nur eine Station auf der großen Stappenstraße der völkerrechtlichen Entwicklung dieses Jahrhunderts. Vielleicht in den nächsten Jahren, vielleicht nicht einmal ein ganzes Jahr — und der Krieg beginnt wieder und setzt ganz Europa in Feuer und Flammen. Ich will dies nicht weiter ausführen, aber es wäre leicht zu beweisen, daß das Verschwinden eines so bedeutenden Gliedes des deutschen Bundes, welcher durch seine Existenz zwischen den einzelnen Staaten 50 Jahre lang den Frieden erhalten konnte, Jahre des Krieges mit sich bringen muß. In der Vorahnung dieses kommenden Krieges ist auch die Regierung bemüht, ihre Waffenkräfte zu ergänzen und neu zu organisiren.

Das spanische Mädchen.

Von Karl Wartenburg.

(Schluß.)

Der Besuch des Don Ramon bei Dolores war nicht unbeobachtet geblieben — eine Patrouille hatte ihn aus dem Hause gehen sehen, und da man auf alle im Heere dienenden Spanier ein sehr wachsames Auge hatte, so meldete man dies dem General. Der General empfing die Meldung ruhig und ließ Don Ramon mit den Depeschen abreisen, schickte ihm aber unmittelbar eine Reiterpatrouille nach, die ihn anhalten und untersuchen sollte.

In Träumereien über Dolores versunken, ritt Ramon langsam durch den Morgennebel dahin, als er mit einem Mal den Schall von Huftritten hört; in der Meinung, daß es Spanier, greift er zu seinen Pistolen und lockert den Säbel in der Scheide, aber das: wer da! mit welchem man ihn anruft, sagt ihm, daß es Franzosen. Eine düstere Ahnung befällt ihn — aber er sucht sich zu fassen. Der Führer der Patrouille zeigt ihm den Befehl des Generals. Unwillkürlich erblickt Don Ramon und — man untersucht ihn, und in dem Futter seines Rockes findet man den Brief Dolores an den spanischen Befehlshaber.

„Heiliges Donnerwetter!“ flucht der Wachtmeister, „das wird eine schlimme Affaire. — Also links um, nach dem Hauptquartier.“

Und der Trupp, Don Ramon als Arrestanten in der Mitte, reitet wieder nach S. zurück. — Augenblicklich wird ein Kriegsgericht zusammen gerufen, und der Wirbel der Trommeln ruft die Truppen, welche bei der voraus zu sehenden Exekution zugegen sein sollten, unter die Waffen.

Die traurige Geschichte fliegt, obgleich es noch am frühen Morgen, mit graufiger Eile durch die Stadt, von Mund zu Mund — die Bürger ballen ingrimmig die Fäuste und die Frauen beten ein Vaterunser für die Seele des Unglücklichen.

Im Quartier des Generals sitzen die Offiziere noch beim Kriegsrath zusammen, und da Don Ramon sein Vergehen eingesteht und nicht läugnet, so soll eben das Urtheil gesprochen werden, als vor der Thür die Stimme eines Mädchens gehört wird, die einen lauten, heftigen Wortwechsel mit der Schildwache hat.

„Laß mich hinein!“ ruft sie in stürmischer Erregung, „laß mich hinein, es gilt das Leben eines Unschuldigen zu retten. — Um der heiligen Jungfrau willen, laßt mich durch.“

Der General, der den Lärm hört, wendet sich zu einem der Offiziere und spricht:

„Lassen Sie das Mädchen hereintreten.“

Die Thür wurde geöffnet und herein stürzte mit aufgelöstem Haar, das über den weißen Nacken herunterfiel, in leichtem Morgenkleid, über welches in der Eile eine schwarzseidene Mantille geworfen war, in bloßen Füßen, wie sie vom Bett aufgesprungen — Dolores und warf sich zu Füßen des Generals.

„General,“ sprach sie in fliegender Eile, „Ihr wollt einen Unschuldigen morden — Don Ramon ist unschuldig an dem Vergehen, das ihm zur Last gelegt wird — ich schwöre es Euch bei dem Haupte meiner Mutter. — Wir lieben uns, ich bin seit einem Jahr seine Verlobte. — In vergangener Nacht war er bei mir, mir ein Liebeswort zu sagen — ohne daß er es wußte, was der Brief enthalte, der, wie Ihr seht, an einen Lianares, an einen Verwandten von mir, adressirt ist, verbarß ich ihm das Schreiben in seiner Kleidung. — Er ist unschuldig wie das Licht der Sonne, — wie das neugeborene Kind auf dem Schooß der Mutter —“

Ramon, der unten am Ende des Zimmers zwischen zwei Unteroffizieren stand, hatte ihrer Rede mit dem Ausdruck des Entsetzens zugehört. — Bei dieser Selbstanklage erstarrte ihm das Blut in den Adern, er kannte die Strenge der französischen Militärgefesse.

„Mein General,“ rief er in peinlicher Angst, „hört nicht auf die Worte des armen Mädchens, dem der Schmerz über mein Geschick das klare Licht der Vernunft geraubt! — Ich, ich allein bin der Schuldige, ich wußte was der Brief enthielt — ich wollte das Vergehen gegen mein

Aber, meine Herren, soll etwa das Ereigniß wieder eintreten, daß ein Krieg geführt wird in Oesterreich, während das Reich im Innern zerrüttet ist?

Die preussische Regierung hat an die verbündeten Staaten behufs der Ernennung von Bevollmächtigten für die Beratungen über den Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund ein Rundschreiben erlassen und ladet die Beteiligten auf den 10., spätestens 15. Dezember nach Berlin ein. Die Beratungen werden also Mitte Dezember beginnen, aber wahrscheinlich schon um Weihnachten beendet sein. Die Form der preussischen Vorlagen dürfte nämlich, wie ein halbamtlicher Bericht eingesteht, „Verbesserungsanträge kaum zulassen“, zum wenigsten nicht in den wesentlichen Punkten. Ueber den Inhalt des Entwurfes, der im Einzelnen noch nicht endgiltig sein dürfte, daher im Einzelnen auch nicht bekannt sein kann, wird von derselben Seite vorhergesehen, „daß er in den sekundären Momenten föderativ, in den wesentlichen möglichst unitarisch sein werde. Preußen werde vor Allem ein einheitliches Heer mit allgemeiner Wehrpflicht nebst den daraus sich ergebenden finanziellen Konsequenzen erlangen müssen. Daß im Uebrigen die Besorgniß der Souveräne vor Mediatistruung möglichst geschont werde, liege in der Natur der Sache. Was die Parlamentswahlen angehe, so erfordern sie noch umfassende Vorarbeiten und würden daher wahrscheinlich erst gegen Ende Januar, also ganz kurz vor der auf den 1. Februar festgesetzten Eröffnung des Parlaments stattfinden können. Die Verhandlungen preussischerseits werde Herr v. Savigny führen unter der oberen Leitung und den Auspizien des Minister-Präsidenten. Ueber der künftigen Exekutiv-Gewalt werde nicht nur eine Bundes-Kommission, ähnlich wie der frühere Bundestag, und eine Militär-Kommission, sondern auch eine Marine-Kommission, sämmtlich in Berlin, fungiren.“ — Die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Minister-Präsidenten lauten nichts weniger als günstig. Graf Bismarck soll sich fortwährend in einem Zustande nervöser Aufregung befinden, welcher ihm auch bei der geringsten Beschäftigung mit politischen Dingen schlaflose Nächte bereitet. Dieser Zustand hat körperlich eher eine fortschreitende Erschlaffung der Kräfte als eine Besserung zur Folge. Sollte der Minister daher auch in einigen Tagen in Berlin eintreffen, so würde daraus eine Uebernahme der Geschäfte in der früheren Weise noch keineswegs zu folgern sein.

Der „Weferitzg.“ wird aus Dresden ein Akteurstück aus dem Anfang des letzten Krieges mitgetheilt, welches für die damalige Stellung der bairischen Regierung bezeichnend ist. Als der sächsische Hof bei dem Einmarsche der Preußen nach Prag flüchtete, begleitete ihn der bairische Gesandte Freiherr von Giese, der in Prag Gelegenheit fand, österreichische Ansichten und Absichten gründlich kennen zu lernen und darüber an Herrn v. d. Pfordten berichtete. Aus jener Zeit datirt das nachfolgende Schreiben des Freih. v. d. Pfordten an Freih. v. Giese: „Baiern ist entschlossen, diesen Krieg zu führen, ohne alles eigene Interesse und auf die sehr nahe liegende Gefahr hin, seine Pfalz zu verlieren, lediglich im Gefühl der Bundestreue, der Pflicht und Ehre; aber es ist ebenso entschlossen dabei seine Selbstständigkeit zu wahren und sich weder wie eine österreichische Provinz, noch seine Armee wie ein österreichisches Armeekorps behandeln zu lassen, wozu große Neigung vorhanden war. Die österreichische Regierung hat in dem Augenblick, als ihr eigener Vorschlag zur Entwaffnung in Berlin angenommen war, denselben fallen lassen, und durch ausgedehnte Rüstungen die kriegerische Wendung herbeigeführt; dieses berechtigt wohl zur Annahme, daß Oesterreich, wie es auch fortwährend behauptet hat, sich stark genug fühlte, den Kampf mit zwei Gegnern aufzunehmen, und daß es um zu siegen stark genug ist, nachdem ihm die gewünschte Bundesgenossenschaft gesichert ist. Wäre das nicht der Fall, so müßte jene Wendung der österreichischen Politik im April als eine höchst leichtsinnige Uebereilung aufgefaßt werden.“

Aus dem Kirchenstaat wird geschrieben, daß jene fanatische

Mönchspartei, welche um jeden Preis eine Ausöhnung mit dem königreiche Italien hintertreiben und den Papst zur Auswanderung bewegen möchte, einen Handstreich vorbereite. Man wolle mit Gewalt, mit der Drohung einer Revolution von Pius IX. das erzwingen, was die bisherigen Künfte nicht durchsetzen konnten — die Flucht. Zu dem Zwecke seien die verwegenssten Briganti aus ganz Süd-Italien und sogar aus Sizilien nach Rom geschmuggelt worden, wo sie bis zum Tage des Putsches in den Klöstern versteckt gehalten werden. Die Sache wurde durch die Wachsamkeit des Comitato Romano entdeckt, welches auf das genaueste ermittelt hat, daß viele Klöster jetzt bei Fleischern, Bäckern und anderen Händlern gerade viermal so viel Waaren beziehen, wie sonst gewöhnlich. Dieser große Ueberschuß an Nahrungsmitteln sei für die geheime Garnison der Convente bestimmt. Ferner hat man große Waffenlager entdeckt und bemerkt, daß an einem Tage alles Schießpulver bei den Händlern aufgekauft wurde.

Die beantragte Römerfahrt der Kaiserin Eugenie erregt auch bei der freisinnigen Partei in Frankreich Besorgnisse. „Wenn,“ schreibt die Opinion Nat., „die Kaiserin nach dem Abzuge unserer Truppen in Rom bleibt, wird man dann behaupten können, daß Frankreich abwesend ist, daß es keinen Druck übt, daß es in keiner Weise sich einmischet? Werden die Römer in der Gegenwart der Kaiserin nicht einen Angriff auf ihre Rechte erblicken? Und warum dann unsere Fahne einziehen, unsere Truppen zurückberufen? Wenn Frankreich den Vertrag vom 15. September zerreißen, wenn es durchaus in Rom bleiben will, so ist es doch hundertmal besser, wenn es dort durch den General Montebello, als wenn es durch Ihre Majestät die Kaiserin vertreten ist. Von zwei Fällen einer: entweder die päpstliche Herrschaft behauptet sich nach dem Abzuge der Franzosen, dann ist die Anwesenheit der Kaiserin einfach überflüssig, oder das Papstthum behauptet sich nicht, dann ist sie gefährlich.“

Die französischen Regierungsblätter haben die Weisung, die Zustände in Spanien so günstig wie nur immer möglich darzustellen, und leisten nun in dieser Schönfärberei seit einigen Tagen daß Außerordentliche, nachdem sie früher mit den unabhängigen Plättern übereingestimmt in ungeschminkter Schilderung des traurigen Sachverhaltes. Es scheint, daß die Einmischung der Herzogin von Montpensier in die Tagespolitik und ihre Parteinahme für verfassungsmäßige Reformen den Zorn Napoleons über die Fortschrittspartei herausbeschwoeren hat; jene Brute dürfen nicht Recht haben, für die sich ein Mitglied des Hauses Orleans, und wäre es auch nur ein angeheiratetes, interessirt. Großartig in ihrer Art, die Nachrichten über die jenseits der Pyrenäen herrschende Gährung als unwahr darstellen, ist die „France“; sie hat keinen anderen Gewährsmann als den — Marschall Narvaez selbst, indem sie folgende Stelle aus einem Schreiben desselben an eine politische Persönlichkeit in Paris mittheilt: „Ich kann versichern, daß die Ruhe heute vollständig ist, daß die Reorganisation der Armee reißende Fortschritte macht, und daß, wenn ich ihnen sage, es sei nichts zu fürchten, dies geschieht, weil ich die Gewißheit davon habe. Die militärische Disziplin ist wieder hergestellt, und die schlimmen Keime, welche sich in derselben fanden, sind entfernt und zerstört worden.“ Aus diesem Briefe folgert die France, daß der Zustand der Dinge in Spanien nichts zu wünschen übrig lasse!

Die russische Regierung ist unablässig bemüht, die Religion und die Volksthat ihrer Gegner auszurotten. In der Ukraine hat der dortige Generalgouverneur General Bezal den Befehl gegeben, an den öffentlichen Wegen stehende Kreuze umzuhauen, weil im Innern Rußlands solche nicht gebräuchlich sind. Die Bauern widersehten sich dem, und es wäre zu heftigen Austritten zwischen ihnen und dem Militär gekommen, wenn es dem russischen Patriarchen in Kiew nicht gelungen wäre, zu vermitteln. Die Vergewaltigung der unirten Kirche im

Land wieder sühnen, den Verrath gegen Spanien, durch Verrath gegen Frankreich tilgen.“

Bei den letzten Worten, die der Unglückliche mit sichtlicher Anstrengung gesprochen, wurde er todtenbleich und seine Knie bebten; um seine Dolores zu retten, opferte er den letzten Rest seiner Ehre. — Was er von dem Sühnen des Verraths sprach, war nicht wahr, nur aus Liebe zu Dolores hatte er den Brief übernommen. — Das junge Mädchen aber tief:

„Glaubt ihm nicht, glaubt ihm nicht — er will sich opfern, um mich der verdienten Strafe zu entziehen, aber Ihr werdet gerecht sein, General, und keinem Unschuldigen das büßen lassen, was ich verbrach.“

Der General und die Offiziere sahen sich gerührt an — aber der Fall wog zu schwer — das offene Geständniß Don Ramon's lag vor, überdies durfte man schon um des Beispiels willen solche Vergehen nicht ungeahnt lassen, das Kriegsgericht erkannte einstimmig auf „Tod durch die Kugel.“ — Bei diesem Ausspruch stürzte Dolores mit einem herzdurchdringenden Schrei an Don Ramon's Brust, preßte ihm einen letzten Kuß auf die Lippen und sank dann bewusstlos nieder. Ihre herbeigeholten Verwandten trugen sie ihn ihre Wohnung.

Eine Stunde später tönte dumpfer Trommelwirbel durch die Straßen, es war das Kommando, welches Don Ramon hinaus vor die Stadt führte, zur Exekution. Der Lieutenant, der das Peloton befehligte, ging mit düsterem Blick an der Spitze des Zugs, Don Ramon war sein Freund. — Aber er mußte seine traurige Pflicht erfüllen, denn man hatte es ihm befohlen. An der Stelle angelangt, wo schon eine tiefe Grube gegraben war, flüsterte der Verurtheilte dem Lieutenant noch ein paar Worte ins Ohr, dann trat er an die Grube, und das weiße Tuch, welches ihm die Augen bedecken sollte, zurückweisend, kommandirte er mit fester Stimme: „Feuer!“ — Die Grenadiere hatten gut gezielt, er fiel ohne Laut. — Dann kommandirte der Offizier: „Gewehr auf!“ und das Peloton marschirte wieder zurück, während der Leichnam in der Grube, in welche er gefallen, liegen blieb — unbedeckt, ohne eine Hand

voll Erde — des Beispiels willen und zur Abschreckung, wie der Befehl des Generals lautete. — Aber am anderen Tag war der Leichnam verschwunden.

Bauern, die vorübergegangen waren, behaupteten, am Abend, als der Mond hinter den Gebirgen aufgestiegen war, eine seltsame Gestalt um den Leichnam herum irren gesehen zu haben. Andere wollten ein junges Mädchen mit lose flatterndem Haar in der Nähe der Grube gesehen haben, dabei ein traurig klingendes, altspanisches Liedchen singend — mit eigenthümlicher Melodie, die wie das Lied einer Wahnsinnigen geklungen habe.

Mehrere Tage später fanden spanische Soldaten in der Tiefe einer Schlucht, unweit des Guerva ein junges, schönes Mädchen, halbnaakt, mit blutigen Händen und Füßen, einen schon zum Theil in Verwesung gegangenen Leichnam bewachend. Sie sang dabei ein Lied, und als sich die Soldaten näherten, suchte sie ängstlich mit dem Leichnam, den man ihr, wie sie glaubte, rauben wollte, zu entfliehen. — Aber die Soldaten holten sie ein und brachten sie in das Irrenhaus zu Saragossa. Dort blieb sie einige Tage und wurde eines der Opfer, die bei dem Brand des Irrenhauses — durch das französische Bombardement — umkamen. Es war Dolores.“

Der Kapitain schwieg und stand auf, drückte mit schweigend die Hand und wollte fort.

„Noch ein Wort,“ bat ich.

„Sprechen Sie.“

„Wie kamen Sie in den Besitz des Briefchens von Dolores an Don Ramon, das Sie mir zeigten — es waren Blutstflecke darauf?“

„Ich fand es in der Briefftasche des Unglücklichen, die ich ihm unmittelbar nach der Exekution aus der Uniform nahm, um sie seiner Mutter zuzustellen. Es ist das einzige, was ich als Andenken an meinen unglücklichen Freund behalten. Ich war der Lieutenant, der das Exekutionskommando kommandirte.“

Königreiche Polen wird mit jener Hast betrieben, von der uns die jetzigen Staatslenker so viele Beweise gegeben. Duzendweise werden die bisherigen unirten Geistlichen entfernt und durch russische Popen ersetzt. Die polnischen Gebetbücher sind in den Kirchen verboten, und russische Lieder ertönen vom Munde dieser Popen, in die aber die ruthenischen Bauern nicht einstimmen. Die Orgel, in russischen Kirchen nicht gebräuchlich, muß auch aus den unirten weichen, und auch in allem Andern muß der Gottesdienst nach russisch-rechtgläubiger Weise abgehalten werden. Neuestens bekamen die Hausbesitzer in Warschau den Befehl, ihre Meldungsbücher in russischer Sprache zu führen!

Eine Newyorker Nachricht bringt Angaben über die Sendung der Generale Sherman und Campbell. Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, in Mexiko sich einzumischen; sie wollen aber demjenigen der Bewerber um die Präsidentschaft ihre moralische Unterstützung angeheihen lassen, welcher für die Aufrechthaltung der Ordnung am meisten Bürgschaft bietet. Das hat Sherman den verschiedenen Parteien begreiflich zu machen und ihnen überdies zu erklären, daß die einzige rechtmäßige Gewalt in Mexiko, welche die Regierung von Washington anerkenne, die des Präsidenten Juárez sei. Von Veracruz begibt sich Sherman nach der Hauptstadt Mexiko. — Ortega hat bei seiner durch Bundesbehörden in Brazos de Santiago vorgenommenen Verhaftung gegen diese in seiner Eigenschaft als „Präsident von Mexiko“ Verwahrung eingelegt. Die Verhaftung Ortega's hat Juárez von dem einzigen Nebenbuhler, der ernst zu nehmen war, befreit.

Die Freiebung der Rechtsanwaltschaft.

I.

Marburg, 29. November.

Eine der häufigsten und gegründetsten Beschwerden über das gerichtliche Verfahren in Streitsachen ist die Klage der Parteien, daß es lange, viel zu lange dauert, bis das Urtheil gesprochen und vollzogen ist.

Großentheils verschuldet den schleppenden, endlosen Rechtsgang ohne Zweifel die Ueberbürdung der Anwälte, deren geringe Zahl auch bei dem besten Willen nicht im Stande ist, die Geschäfte nach dem Wunsche der Parteien zu erledigen.

Die weite Entfernung vom Wohnsitz der Rechtsanwälte verursacht den Parteien Zeitverlust und baare Auslagen und sie finden auch im Falle der günstigsten Entscheidung keinen Ersatz.

Die beschränkte Zahl der Rechtsanwälte schließt die Mitbewerbung aus, welche auf den übrigen Gebieten des Volkslebens nicht nur eine regere Entwicklung der Kräfte zur Folge hat, sondern auch auf die Ermäßigung der Preise zwingenden Einfluß übt.

Wenn junge Männer, die oft mit einem für Freiheit und Recht glühenden Herzen die Hochschule verlassen, die Rechtsvertretung Anderer zu ihrem Beruf erwählen, dann müssen sie die schönsten Jahre in abhängiger Stellung, bei schlechter Bezahlung zubringen; werden sie endlich selbstständig, dann sind sie gealtert und erkaltet, haben neunzig unter Hundert kein höheres Interesse mehr, als Gelderwerb — Sammlung von Reichthümern, die ja leider von Staats- und Volkswegen einzig und allein noch Ansehen und Ehre verschaffen.

Da bei der jetzigen Ordnung dieser Dinge die Rechtsanwälte sich wohl befinden, so ist es begreiflich, weil natürlich, daß sie nicht Partei nehmen gegen ein politisches System, das sie in dieser bevorzugten Stellung schützt — und so ist's gekommen, daß es in Oesterreich nur eine verschwindend kleine Anzahl von Rechtsanwälden gibt, die zugleich Volksanwälte sind in der ganzen Bedeutung des Wortes.

Die Anwälte sind die besten Kenner des Rechtes — die Anwälte vor Allem haben im verfassungsmäßigen Staate die politische, ja die sittliche Pflicht, dem Volke zu sagen, was sein Recht ist — haben die Pflicht, im Vertheidigen des verbrieften Rechtes, im Ringen nach Verwirklichung des natürlichen Rechtes ihren Mitbürgern voranzugehen.

Blicken wir auf jene Staaten, wo die Rechtsanwälte diese Pflicht erfüllen, wo sie an der Spitze einer jeden Volksbewegung stehen — und vergleichen wir damit unsere kläglichen Verhältnisse, so müssen wir den letzten Grund dieser Erscheinung in der Stellung der Anwälte suchen — eine Stellung, in welche der Genuß des Vorrechtes die Bevorrechteten treibt — nach dem Gesetze der politischen Schwere treiben muß.

Die süddeutsche Bundespartei

geht mit aller Entschiedenheit daran, sich zu organisiren und versendet nun zu diesem Zwecke das in der Stuttgarter Versammlung beschlossene Programm; dieses Schriftstück, welches den greisen Rechtskämpfer Karl Weller zum Verfasser hat, lautet:

Unsere friedlichen Bestrebungen, die feudale Verworfenheit Deutschlands und die Verkümmernng der Volksvertretung durch eine freie, einigende National-Verfassung zu beseitigen, wurden plötzlich gewaltsam unterbrochen. Die Kraft unserer Vertheidigung des Rechtes und des friedlichen Reformweges wurde dadurch gelähmt, daß die dynastische Gewaltpolitik zu ihrer Unterstützung den Glauben zu erwecken suchte, sie selbst bezwecke den freien nationalen Bundesstaat; vorzüglich aber auch dadurch, daß die ihr gegenüberstehenden Regierungen, in ihrer alten dynastischen Verblendung, die dringendsten allgemeinen Forderungen des Volkes nach Befreiung und Mitwirkung aller Volkskräfte in der Vertheidigung des Rechtes, unverantwortlich mißachteten. Mit glänzenden Erfolgen beseitigte nun die siegende Macht, wenigstens vorübergehend, wirkliche und scheinbare Hindernisse unserer deutschen Einigung. Dennoch aber blieben und entstanden für deren Vollendung große Schwierigkeiten, größere als, vom Siegesglanz geblendet und in das Lager der Gewalttherrschaft übertretend, Viele uns überreden möchten: größere sogar noch jetzt, als früher der ganzen Bestrebung auf rechtlchem Wege entgegenstanden.

Die neue Politik warf uns in unseren Bestrebungen für Freiheit und Recht und für die nur auf diesen Grundlagen mögliche glückliche

und dauernde Einigung weit zurück und bereitete vor Allem uns Süddeutschen die tiefsten Kränkungen und die schwersten inneren wie äußeren Gefahren.

Nur andeutend erinnern wir an die Art der Herbeiführung und Beendigung des Bruderkrieges; an die Zerreißung der deutschen Nation in drei theils völlig isolirte Bruchstücke derselben; an die Vernichtung sogar ihres Namens wie ihrer Gesamtvertretung unter den Nationen; ferner an die doppelte fremde Mitwirkung zu all diesem, durch deren Annahme der stolze Sieger in bellagenswürdigster Weise sich für die Wiederherstellung der Nation die Hände band; an die gewaltsamen Einverleibungen endlich und an die Fortdauer der traurigen Anfeindung beschworener Freiheiten, welche immer allgemeiner vor einer politischen Einigung unter jenem Szepter zurückschreckt.

Diese Thatfachen begründeten die schon in den beiden Einladungsschreiben zur Stuttgarter Versammlung dargelegten Ueberzeugungen, namentlich aber die Ueberzeugung, daß alle Deutsche, welche ihres in der Weltgeschichte ehrenvollen Namens noch werth sein wollen, in solcher heillosen Lage des Vaterlandes für die Rettung seiner Ehre und Existenz energisch zusammenwirken müssen.

Im Gegensatze gegen feigberzige Verzweiflung am Vaterland, wie im Gegensatze gegen rechtsverachtende Gewaltpolitik; im Gegensatze ferner zu einer einseitigen schimpfenden Parteiwuth und vollends einer verabscheuungswürdigen Aufstachelung des Hasses unter deutschen Bruderstämmen, wodurch man hier für Freiheit, dort für Einheit, hier für ein Groß-, dort für ein Klein-, hier für Nord-, dort für Süddeutschland wirken will — im Gegensatze zu allen solchen Einseitigkeiten entfaltet die wahrhaft deutsche Partei in veröhnendem Geiste ihr Banner für die rechtliche Befreiung und Einigung des theuren Vaterlandes.

Nimmermehr dürfen würdige, besonnene deutsche Männer es dulden, daß die Stimme für Freiheit und Recht in Deutschland verstumme, und daß beide Heiligthümer der Macht und ihren Gelüsten leichtfertig preisgegeben werden, so wie es jetzt durch Siegesrausch wie durch Macht- und Einheitschwindel verwirrt, Viele öffentlich zu fordern wagen. Insbesondere aber bedürfen wir vorzugsweise gekränkten und gefährdeten Süddeutschen für die Rettung der nationalen und unserer eigenen Existenz und Ehre der Hilfe der göttlichen Kräfte des Rechtes und der Freiheit. Des Mannes und des Volkes wesentlichste Ehre wie das höchste Gut und die stärkste Kraft der Staaten sind ihre Freiheit und ihr Recht. Mit der Hingabe ihrer Freiheit werfen beide auch ihre Ehre hinweg. Selbst nicht einmal den Wohlstand kann man in dem heutigen Weltkampfe freier Völker ohne dieselben bewahren.

Viele der edelsten unserer norddeutschen Brüder, welche mit politischem Verstand die Gefahr überlanger Dauer einer leichtsinnig zugelassenen militär-despotischen Rechts- und Freiheits-Unterdrückung in großen Einheitsstaaten, gleichwie in Rußland und Frankreich, zu würdigen wissen, und welche mit uns deren Schande und ihre unselige Entfittlichung für die Bürger verabscheuen, mahnen jetzt uns Süddeutsche, daß wir, durch unsere besonderen Verhältnisse und Pflichten vorzugsweise dazu berufen, ihnen brüderlich mithelfen zur Bewahrung und Ausbildung des höchsten nationalen Gutes: der Freiheit. Wir reichen ihnen freudig die Bruderhand zu solcher Grundlegung einer würdigen und dauernden Wiedervereinigung. Sie allein kann in furchtbaren Stürmen, welche höchst wahrscheinlich die unselige Gewaltpolitik für Europa heraufbeschwor, uns vor dem entsetzlichen Unheil bewahren. Solche Erwägungen und Gesinnungen leiteten die am 11. November in Stuttgart aus allen vier süddeutschen Staaten versammelten deutschen Männer in ihrer Vereinbarung und in den Beschlüssen über das nachfolgende Programm für dieselbe. (Satz 1, 3, 4 des Programms wurden einstimmig, Satz 2 durch Mehrheitsbeschluß genehmigt.)

1. Angesichts der durch die jüngsten Ereignisse herbeigeführten Zerreißung Deutschlands erklären wir es für eine heilige Pflicht aller deutschen Regierungen und Stämme, mit allen Mitteln eine Wiedervereinigung und Gesamtverfassung des Vaterlandes anzustreben.

2. Nicht der Einheitsstaat, sondern nur der Bundesstaat auf freiheitlicher Grundlage, wie ein solcher bereits in der Reichsverfassung vom Jahre 1849 mit den Grundrechten einen gesetzlichen Ausdruck gefunden hatte, ist die rechtlich mögliche Form jener Wiedervereinigung.

3. Im Hinblick auf die Hindernisse, welche einer solchen Wiedervereinigung bis jetzt entgegenstehen, und da dem Nordbunde zur Zeit noch jede Verfassung mangelt, welche eine freiheitliche und parlamentarische Entwicklung der Einzelstaaten wie des Bundes gewährleisten, erklären wir es für eine dringend gebotene Aufgabe der süddeutschen Staaten, daß sie im Interesse ihrer Selbsterhaltung wie des freiheitlichen und nationalen Fortschrittes sich unter einander verbinden.

4. Die freie Entwicklung der inneren Verfassungsverhältnisse in den süddeutschen Staaten muß die wesentliche Grundlage ihres Bundes bilden; insbesondere muß derselbe durch Einführung eines auf allgemeiner Wehrpflicht und kurzer Präsenzzeit beruhenden, wenigst kostspieligen Wehrsystems sich die Möglichkeit schaffen, im rechten Augenblicke seine durch das allgemeine nationale Interesse gebotenen Bedingungen einer Vereinigung mit dem übrigen Deutschland thatkräftig vertreten zu können.

Zur Einleitung einer organisirten Thätigkeit für die Erstrebung dieser Ziele hat die Versammlung einen provisorischen Ausschuss erwählt, aus den Herren: Graf G. v. Berlichingen in Mannheim, Bezirksrichter Croissant in Frankenthal, Dr. Franz Mittermaier in Heidelberg, C. J. Pretorius in Alzey, Landtags-Abgeordneter Dr. Tafel in Stuttgart, Geheimrath Dr. Weller in Heidelberg bestehend. (Die Wahl eines siebenten Mitgliedes steht noch aus.) Sie hat ferner Herrn A. Rödel zum geschäftsführenden Sekretär ernannt und bestimmt, daß der Ausschuss seinen Sitz vorläufig in Heidelberg habe. Wir fordern Gleichgesinnte in ganz Deutschland auf, uns ihre Zustimmung kundzutun und unser Wirken für Herbeiführung eines in Freiheit geeinigten Deutschlands thatkräftig zu unterstützen.

Im Namen des Ausschusses: Karl Weller.

